

gefchgebung vorbehalten und in diesen, namentlich in Preußen, neuerdings bereits öfters erheblich herangezogen sind. — Es ist, wie gesagt, einfach zu denken, wenn man den Wähler glauben machen will, daß ein Reichstag, der lediglich die Verfassung ändern würde, ein Reichstag wäre, welcher nur die bestehenden Klassen berührt. Eine Reichsversammlung im Sinne Dr. Max Müllers hat keine Aussicht, — das Projekt ist nur ein Hohn, die Wähler für die Willkürvorlage zu gewinnen.

Auch ein Völkchen. Die Post* treibt die Deutschen in betreff der zwei Milliarden Reichsgulden damit, daß Frankreich noch mehr an Hülfe für Schulden, für Gees- und Flossenausgaben zu tragen habe. Frankreich hat bekanntlich Milliarden zu zahlen gehabt, Deutschland solche empfangen und zu vier Fünfteln auch für Zweck der Landesverteidigung verwendet. Schließlich wird dem deutschen Steuerzahler auch noch als Trost für die jährliche Belastung angedrückt, daß im Reiche von 1870/71 Deutschland nicht unterlegen ist und deshalb nicht desselben Reklamationsfall für das Heer bedürfte wie Frankreich.

Wie haben die Beamten zu wählen? Der Landrat des Kreises Rastatt hat an die Lehrer des Kreises aus Anlaß der Reichstagswahlen ein Circular geschickt, in welchem er den künftigen Erfolg vom 4. Januar 1882 in Erinnerung bringt. In dem Circular sei die feste Erwartung ausgesprochen, daß alle Beamten von jeder Agitation gegen die Regierung des Reichs aus bei den Wahlen sich fern halten werden. — Die gegenwärtig, namentlich die liberale Presse, bestrift sich, zu erklären, daß das, was der Herr Landrat des Kreises Rastatt aus dem Circular entnommen, nicht einmal in direkt in demselben enthalten ist, und beruft sich auf ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichts sowie auf den Präzedenzfall von den national-liberalen Herren v. Bennigsen. Wie man aber aus der landrätlichen Auforderung ersieht, legen selbst Leute wie der Landrat von Rastatt den kgl. Erlaß anders aus.

Wie man die Vergelte zu Sozialdemokraten macht. Aus dem Oberbergsamtstempel Ordnung wird der Frankfurter Zeitung geschrieben: Die Nachricht, daß der Dortmunder Kohlenverkaufverein eine Reduktions-Einschränkung von 35 Proc. beschlossen hat, hat in Kreisen der Vergelte große Bestürzung hervorgerufen. Was soll daraus werden, wenn von dem obigen großen Vorgehen ein erheblicher Teil abgezogen würde, was nicht ausbleiben wird? Die Einschränkung soll zunächst einen Monat dauern, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß sie noch länger dauern wird, ja daß sich die Maßregel auf den ganzen Bezirk ausdehnt. Eine solche allgemeine Einschränkung der Förderung ist noch niemals beschlossen worden, und wenn sich die Wirkungen des Kohlenhydrats in solcher Weise geltend machen, dann wird wohl niemand zu behaupten wagen, daß das Syndikat die Interessen der Arbeiter verfolge. Es ist geradezu unerlässlich, wie jetzt ein solcher Mangel an Kohlen vorhanden sein kann, zumal doch die Ziegeleien u. im Betriebe sind. Allerdings trägt auch der niedrige Wasserstand des Rheins dazu bei, den Absatz ungünstig zu beeinflussen, denn rheinwärts ist kein Kohlenverfracht möglich. Alles in allem läßt die tief einschneidende Maßregel darauf schließen, daß sie hauptsächlich zu dem Zwecke getroffen ist, die Preise zu halten. — Dieses Vorgehen dürfte selbst dem biddischen Bergmann die Augen öffnen und ihn daher veranlassen, seine Stimme bei der Wahl nicht mehr einem Vertreter des Ausbeutensystems zu geben.

Kollektende Landwirte. Bekanntlich gehören neben den Großgrundbesitzern besonders die Pächter königlicher Domänen zu den Hauptvertretern der agrarischen Forderungen, und sie pflegen am eindringlichsten über den Mangel ihrer Einkünfte zu klagen. Für diese „kollektenden Landwirte“ ist charakteristisch ein Verpachtungsergebnis aus diesem Jahre, das schon bekannt wird. Am 27. März fand ein Termin zur Verpachtung der königlichen Domäne Tausch-Göringen auf die Zeit von Johannis 1894 bis Johannis 1912 am. Als einziger Bieter erschien damals der bisherige Pächter

Pacht von 53 770 M. für zu hoch befand und ein neues Pachtgebot von nur 47 000 M. abgab. Dasselbe wurde von der Regierung abgelehnt und zum 26. Mai ein neuer Termin zur Verpachtung angesetzt, auf welchem diesmal auch zahlreiche andere Bieter erschienen. Derselben wurden jedoch von dem bisherigen Pächter Oberamtmann Biersdorf aus dem Preise geschlagen, indem derselbe mit seinem Höchstgebot von 72 500 M. ein zweite Gebot (so hoch lautete auf 72 500 M.) den Zuschlag erlangte. — Als Trost des angebotenen Pachtsummes war der Pächter in der Lage, fast 20 000 Mark Pacht mehr als bisher zu zahlen. Und ein Paar hätte der arme notleidende Oberamtmann eine Preisgabe von 25 000 M. in die Tasche gesteckt und natürlich weiter über seine Nothlage geklammert.

Wo der preussische Staat spart. Als eine „kulturelle“ Aufgabe des Staates betrachten wir es, daß er in der humanen Behandlung der ihm dienenden Arbeiter den Privatunternehmern mit leuchtendem Beispiel vorzugehen. In welcher Weise die preussische Eisenbahnverwaltung diese Aufgabe erfüllt, dafür haben die letzten Tage wieder einige sehr lehrreiche, aber desto weniger erbauliche Beispiele gebracht. Auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin wurde, wie vor einigen Tagen ein Berliner Blatt mitteilt, ohne daß bisher eine Verurteilung erfolgt wäre, zu Weichhagen und Rauhje etwa neunzig Mann vom Fahrpersonal der Güterzüge gekündigt; die Arbeit der Verlesenen wurde entsprechend vermehrt, von einer Löhnerhöhung ist keine Rede. Ferner wird: aus dem Rangierpersonal eine Anzahl der jüngeren Leute entlassen und dafür wurden ältere Leute aus dem Fahrpersonal eingestellt; wem das nicht „passe“, so ließ er, der könne gehen. Das Fahrpersonal, so lesen wir ferner im „Vorwärts“, rüdt in die eigentlichen Beamtenstellungen im Vergleich zu früher sehr langsam ein, „damit spart man wieder an Gehalt und eventuell an Pension.“ Die Eisenbahnverwaltung ist Herrn v. Stephan im „Sperrn“ heimschickend über. Eine Mitteilung der „Vollst.“ aus Breslau gibt dafür einen weiteren Beleg. Danach erhielten dortselbst vor etwa vierzehn Tagen achtundzwanzig Hilfsbremser plötzlich ihre Kündigung, darunter Leute, die schon seit vierzehn Jahren beschäftigt waren. Insgesamt sind im ersten Quartal dieses Jahres allein im Bezirk des Betriebsamts Bestlau gegen fünfzig Hilfsbremser entlassen worden, von denen viele bereits vor fünf oder sechs Jahren ihre Bremser-Examen in der Erwartung ihrer definitiven Anstellung abgelegt haben. Der Grund der Entlassung dieser meist verheirateten Leute ist abermals das „Sparsystem“, die Folge die, daß die im Dienste Verbleibenden mehr Arbeit leisten müssen, ohne eine entsprechende Löhnerhöhung zu erhalten. Eine solche Behandlung der Arbeiter entspricht, wie gesagt, den humanen Wünschen des Staates keineswegs. Und auf welche Gründe muß dieses merkwürdige Sparsystem schließlich wieder zurückgeführt werden? Die Eisenbahn muß eben auch mit „bluten“ für den einen großen Zweck, der unser ganzes Dasein, unter ganzes wirtschaftliches und politisches Leben befruchtet: unsere militärische Rüstung stärker und immer stärker zu machen.

Die Antisemitischen Vorkämpfer müssen jetzt ebenfalls für die Willkürvorlage am. Der Völkische „Reichserhellend“ veröffentlicht auf der Spitze der neuesten Nummer folgendes:

„Wie sehen wir zur Willkürvorlage? Die Willkürvorlage wird von uns dann begrüßt werden, wenn zuvor 1. die zweijährige Dienstzeit gestrichelt und die dreijährige Dienstzeit der Hauptrenten abgeschafft ist. 2. Die Kosten der Willkürvorlage nicht vom Sold, sondern von der Höhe und den Gehaltsstufen getragen werden. Das Volk darf mit keinem Pfennig Steuern mehr belastet werden. 3. Der Reichstag hat die Willkürvorlage zu billigen, wenn die Regierung die zwei Punkte bewilligt, stimmen wir dagegen. Dies ist der Standpunkt der antisemitischen Volkspartei.“

Damit ist der Umfals Völkers zur eingefandenen Thatsache geworden. Dr. Bödel, dessen Siegesbewußtsein im Schwanden begriffen ist, rednet offenbar schon mit der Möglichkeit von Stichwahlen. Darum mag er sich das Kartell der Willkürvorkommen nicht zum Feinde machen und wird selber militärfremd. Was übrigens die Aufbringung der Kosten für die Willkürvorlage anlangt, so haben wir schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es der reine Gimpelverlauf ist, wenn man sagt, es solle die Willkürvorlage nur unter der Bedingung bewilligt werden, daß die Kosten der

Saben ein helles Licht schimmernd drang. Rein Geräusch klang zu mir heraus, der Vater, Johann und Martha mußten längst zur Ruhe gegangen sein. Doch war es nicht der Ton von Räthes Stimme, der ich jetzt hörte? Ehe ich mir selbst meiner Handlungsweise bewußt wurde, hatte ich die nach außen schließende Fenstertüre ein wenig geöffnet, so daß ich einen Blick in die erleuchtete Stubbe werfen konnte, und wie Vergeßlichkeit ist es mir von der Seele. Zugleich aber fing eine heftige, tiefe Beschämung in mir auf. Das Mädchen war allein in der Stubbe, wohl hat vorhin noch mit einer Arbeit, die neben ihr auf dem Tische lag, beschäftigt gewesen, nun aber arbeitete sie nicht mehr. Sie hinter dem Weg war sie niedergefallen auf die Knie, die langen schweren Flechten hingen über ihre Schulter bis zum Boden herab, die verstaubten Hände aus dem Rand des Tisches gelehrt, schaute sie aufwärts. Der schmerzhaft schwebende Ausdruck ihres Gesichtes, die abgerissenen Worte, welche ich vernahm, von dem was ihre Lippen sprachen, sagten mir, daß es ein Gebet sei, das sie mit Gott rings um ein Heißerbetendes.

Reise schon ich die Lade wieder zu und trat vom Fenster zurück. Winkeltuch war nicht in diesem Hause, wo aber mochte er denn nur geschrieben sein? So weit ich bei dem hellen Mondlicht den Weg hinauf sehen konnte, war nichts von ihm zu entdecken. Es war nicht anders, er mußte in dem hinter dem Hause liegenden Buschweide verschunden sein. Was aber hatte er dort zu suchen?

Alteines Feuilleton.

Der dem Bezirksschiedsamt zu Berlin wird demnach widerum ein interessanter Feuilletonartikel zum Vortrage kommen, welcher nach dem als einer Wiedergabe im Charakter der unter. Jahre die H. Feuilleton-Gesellschaft hat, so schreibt man uns, ein Drama „Reliöner“ verfaßt, welches vom Königsplatz-Theater zur Auf-

Wenn nur erst die Vorlage bewilligt ist, dann wird das Volk schon bluten müssen. Ein Bourgeoisrechtlich wird sich nicht selbst ins eigene Fleisch schneiden!

Witäten österreichischer Pressenur. Wiener Arbeiter-Zeitung vom 19. Mai: „Wie bald aber ist ein Ausdruck — Konflikt! Konflikt! — ist das Wahre, welches das Geschick der Arbeiterklasse verdecken soll!“ — Wiener Arbeiter-Zeitung vom 26. Mai: „Der böhmische Landtag war — Konflikt! Konflikt! — Die Ropie ist sehr mangelhaft.“ — Wien. „Aus dem k. l. Mängeln.“ — Konflikt! Konflikt! — und ein Beweis, daß nur die Arbeiterklasse durch ihre Organisation solche Uebelstände der heutigen modernen Einrichtung beseitigen kann.“

Die französische Deputiertenkammer hat einen Antrag angenommen, wonach das Mandat eines Deputierten mit jedem öffentlichen und bezahlten verbundenen Amte unvereinbar sein soll. Infolge des getriggen Votums der Kammer würden etwa 80 Deputierte nicht wiedergewählt werden können, weil sie den höchsten Staats- und Ehrenamt-Verwaltungen angehören. Unter diesen Abgeordneten befinden sich Casimir Périer, Leon Say und Emry Schneider, lauter Agenten oder Vertreter des Großkapitals.

Stadt in Australien. In Australien hat, wie wir bereits vor einiger Zeit gemeldet haben, die kapitalistische Anarchie und Expropriation von einer schmerzlichen Gefahr, der bereits eine Anzahl von Banken zum Opfer gefallen sind, ab die allgemine Bank- und Geschäftskrisis herbeigeführt hat. Gefallen sind — nachdem schon eine Anzahl von Bankrotten vorausgegangen waren — in den letzten Tagen u. a.: die Bank von Nord-Dorland, mit einem eingesetzten Kapital von 5 Millionen Mark und Deposten im Betrag von über 7 Millionen; die Bank der Stadt Melbourne, mit einem Kapital von 10 Millionen, einem Reservefonds von über 8 Millionen und Deposten von 100 Millionen; die königliche Bank von Dorland mit 7½ Millionen Kapital und 16 Millionen Deposten; die Nationale Bank von Dorland mit 16 Millionen Kapital, einem Reservefonds von 10 Millionen und Deposten im Betrag von 180 Millionen; die Handelsbank von Sidney mit 12 Millionen Kapital, 16½ Millionen Reserve und über 220 Millionen Deposten. Im ganzen haben in diesem Jahre 14 australische Banken die Zahlungen eingestellt, mit Passiven von zusammen 1800 Millionen Mark. Weitere Katastrophen stehen im Ausblick. Der Londoner Börsen ist arg erschüttert und auch Deutschland wird nicht unberührt bleiben. So haben wieder einmal die wirtelhaften Vorkämpfer für die tolle Wirtschaft dieser besten Weltwirtschaftsordnung zu büßen.

Berlin, 31. Mai. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach im hiesigen Institut für Infektionskrankheiten von Mitte Juni ab unentgeltliche Vorlesungen über Cholera für praktische Ärzte abgehalten werden. Der Cyclus, zu welchem 50 Hörer zugelassen werden, dauert eine Woche.

Berlin, 31. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm heute definitiv das Wahlgesetz in der Fassung des Ehrenpreises, sowie definitiv das Ueberweisungs-gesetz und in dritter Lesung den Gesetzentwurf, betreffend die Beihilfen zu den Volkshausbauten an. — In der gegen Althardt schwebenden Klage wegen Verletzung des Wamentensches, deren er sich in einer im Oktober 1891 zu Essen gehaltenen Rede schuldig gemacht haben soll, ist jetzt von neuem ein Termin angesetzt worden, und zwar auf den 8. Juni vor der zweiten Strafkammer des Berliner Landgerichts I.

London, 30. Mai. Wie dem „Daily Chronicle“ aus Rom gemeldet wird, soll der Papst eine Excommunication über die politische Lage und die allgemeine Abruistung vorbereiten. (Nicht der sich natürlich unsere Machthaber durchaus nicht richten werden.)

Riga, 30. Mai. Die jüdischen Konfessionen in Lipland, Estland und Curland sollen in kurzen aufgehoben werden.

füßung angenommen, aber seitens der Genjur nicht genehmigt worden. Das Stück schiedet das tragliche Geschick eines tüchtigen Soldaten, der unter der Brutalität eines böshartigen und egoistischen Unteroffiziers zu einem Verzweiflungskriminellen dem Todschlag seines Vorgesetzten, gedroht, aber schließlich durch den König begnadigt wird. Der Politicusstand von Berlin hat nur die Ausführung im Interesse der öffentlichen Ordnung verboten unter d. Begründung: „die in dem Stück enthaltenen Schilderungen des Soldatenlebens seien geeignet, den mit militärischen Verhältnissen nicht näher vertrauten Teil des Publikums in den unrichtigen Glauben zu verzetzen, daß die Mannschaften des deutschen Heeres der rothen Wölfe ihrer Vorgesetzten schuldlos preisgegeben seien.“

Wegen dieser Verlegung hat die Verlesenen, vertreten durch Rechts-anwalt Dr. Richard Wellens, Klage beim Reichsgericht erhoben. Termin liegt am 30. Juni an.

Die Freiheit der Kritik in Dänemark. Man schreibt aus aus Kopenhagen, 27. Mai: Die Verhängung eines oppositionellen Journalisten erregt hier großes Aufsehen. Im hiesigen Sozialdemokratischen Klub fing ein Kritiker über Hans Jagers Buch: „Kranke Liebe“. Diese Kritik mäßig den Wörden, und es wurde gegen den Verlesenen, Herrn Spein, ein Prozeß anhängend. Nachdem Spein mehrmals beschuldigt worden, hat ihn der Unterstaatssekretär gefesselt verhaften lassen. Man hofft jedoch, daß es ihm gelingen werde, gegen Kaution seine Freiheit wieder zu erlangen. Es ist hier das erste Mal, daß ein Kritiker wegen seiner literarischen Meinungen verhaftet worden ist.

Berlin, 30. Mai. Gerhard Hauptmanns sozialistisches Drama „Die Weber“ hat, wie ein Privatteleogramm der „Nationalitz.“ von deren Berliner Korrespondenten meldet, einen tollstänigen Erfolg gehabt.

Seiters.

Wels Bruder. Ein hiesiger Wälschler hat sich dieser Tage in einer Zeitschrift im Ober Leipziger publiziert. Fragt der Lehrer einen der kleinen Wels Schülers, wie der Bruder von Wels hieß, worauf der kleine Wels, dem bereits klar ist, daß auf ein K ein D folgt, prompt antwortete: „Webel.“

Unglückliche der Welt. „Wohl.“ „So hätte müßte, daß Sie mein Begrüßwort als Briefchen zu sich nehmen müssen, um zu gelunden.“ Patient: „So habe mich gerade bezeugen den Arzt kommen lassen, um nicht ins Grab zu gehen.“

Zur Warnung und zum Nutzen der Wähler sei auf folgendes Erkenntnis des Reichsgerichts vom 9. April 1898 erinnert, betrie. den § 109 des Strafgesetzbuchs: Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlschlüsse fauft oder verkauft, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. In dem Urteil hat das Reichsgericht den Grundsat ausgeprochen, daß für den Begriff des § 109 des Str.-G.-B. unter Strafe gefaßten Wahlschlüssen nicht die zivilrechtlichen Grundbegriffe der Kauf-, sondern die Anschauungen des gemeinen Lebens maßgebend seien. "Hierauf" so führt das Reichsgericht aus, "kann es nicht zweifelhaft sein, daß sich derjenige, der sich die Eingabe macht, der sich die Stimme des Wählers gegen die Schuldig oder auch um das Verschwinden eines Wotells zuwenden läßt. Dieser Vorteil ist nicht gerade ein Vermögensvorteil, aber immerhin ein materieller Vorteil, insofern die bloße Verbringung des Stimmzettels und der Einleitung zur Anwendung des § 109 des Str.-G.-B. nicht genügen würde. Es verhält sich hierbei wie bei der Befreiung, aus welcher auch der Kauf einer Wahlschlüsse erscheint, nur daß hierbei eine Willensvereinbarung der beiden Teile erforderlich ist, die für die Befreiung nicht verlangt wird." Wie der Kriminalist Oppenhoff zu dem § 109 des Str.-G.-B. bemerkt, brauchen die Bedingungen eines regulären Kaufgeschäftes nicht vorzuliegen. Es genügt, daß ein Wahlschlüsse mit einem anderen dahin übereinstimmend ist, daß er gegen eine bestimmte, ihm gewährte oder später zu gewöhnende Leistung in einem gewissen Sinne flimme. Dabei ist es für die Strafbarkeit der Handlung gleichgültig, in welchem Sinne der Wähler demnach flimmt und von wem der Vorstoß zu der geschäftlichen Abmachung ausgeht.

Eine deutsch Reichstagswahl-Vereinbarung auf schweizerischem Boden. Dem "St. Gall. St.-Anz." wird aus Basel folgendes geschrieben:

Man kann sich in der Schweiz einen richtigen Begriff machen, unter welcher erscheinenden Bezeichnung die Sozialdemokratie in Deutschland während der Wahlperiode für die Reichstagswahlen zu kämpfen hat. Als gestern die sozialdemokratischen Wähler des Oberelsaß in der Ludwigshafen versammelten und die durch Blatte angeleitet, wurde ihnen erst im Moment der Erfüllung der Beschlüsse die Wahlprüfung durch den Polizeikommissar verweigert. In Basel ist die schweizerische Bürger auf die Wahl gestellt. Aber sofort entflohen sie sich, aber die Grenze nach Basel zu marschieren und in letzterem Stadt in einem Lokal über die deutlichen Reichstagswahlen zu diskutieren. Diese Hunderte zogen so die Handtrüge fort, in die Schweiz hinein, wo denn auch richtig eine Versammlung stattfand, welche von mehreren hundert deutschen Wählern besucht war, so daß sich der Saal als viel zu klein erwies. Der Reichstagskandidat Reubauer F. W. aus Mühlhausen sprach unter rauschendem Beifall der Menge. Einflimmte wurde er zum Kandidat für den Reichstags-Mitglied ernannt. Sein Gegner ist der ultramontane Herr Herr Galy in Mühlhausen, welcher das ultramontane "Wahler Wahlblatt" redigiert. Die Wahlprüfung entfällt einen sehr merkwürdigen Druck auf die Wähler und die Regierung unterstützt sie, steht sie doch lieber einen Ultramontanen noch Wählerverführer sucht als einen Sozialdemokraten. Doch dürfte die Zeit, der er überaus gewandter Redner und scharfer Kopf ist, schließlich doch schiefen.

Offizielle sozialdemokratische Reichstags-Kandidaturen. Schumburg-Bipp: Wähler Wilhelm Fischer. Altdorf-Friedberg-Görschhausen: Reubauer Eduard Schmid in Mühlhausen. Westphal: Bülau Peter O. Koopmann in Berlin.

Wahlkreis 10. In der Stadt bei Berlin am Donnerstag voriger Woche fand eine Wahlversammlung in einem Saal statt, von welcher hundertwundert Wähler teilnahmen. Auf die gegen diesen Wahlkreis beim Reichstags-Parlament geführte Beschwerde ist jetzt folgende freundliche Antwort eingetroffen:

Die Reichstagswahl, am 29. Mai 1898.

Auf Ihre Beschrift vom 20. d. Mts. teile ich Ihnen hierdurch mit, daß ich die beschlossenen Flugblätter, welche meines Bedachtens einen strafbaren Inhalt haben, dem Herrn Reichsgerichtspräsidenten zu Weisung, zur weiteren Veranlassung eingereicht habe.

Der königliche Landrat.

Verbindlich ist Reichsgerichtspräsidenten dem Reichsgericht eingereicht worden.

Die "Unabhängigen" beschäftigen sich in Berlin in einer Versammlung mit den Wählern. Kuerbach und Wildberger eiferten mit bester Langenart gegen das Wahlen, mit der sie es vor der Zeit, als sie noch nicht landbesitzend, empfohlen hätten. Wildberger "denkt" bis "Korruption der offiziellen Sozialdemokratie" diesmal mit dem Hinweis darauf, daß der "Korruption" das Schreiben des Reichsregenten von Braunschweig habe veröffentlichten können. Das Zentralorgan hätte also "Verbindung mit hohen Kreisen". — Es ist gleich Wahlschlüsse, hat es doch Methode.

Die Unabhängigen in Weimar sollten nach der generellen Beschlüsse beschäftigt haben, dem dortigen sozialdemokratischen Kandidaten einen eigenen Kandidaten gegenüberzustellen. Wie es damit ausfiel, zeigt eine Mitteilung der "Sozial-Blatt" aus Weimar vom 31. Mai. Diefelbe lautet: "Die 'unabhängigen' Sozialdemokraten hatten auf gestern Abend eine öffentliche Wahlversammlung in der 'Stadthalle' abgehalten, veranlaßt von dem Herrn Landrat, eine Kandidatur auszusprechen, zur Ausschreibung zu bringen. Sie sind damit nicht zum Ziele gelangt. Als der 'Einberufer' die Leitung der Versammlung übernehmen wollte, wurde er durch die überwältigende Majorität erzwungen Sozialdemokraten der alten Partei mittels Eingabe eines gewissen Namens daran verhindert, und nun verließ die Versammlung ganz im Sinne der Wahlprüfung. Es scheint übrigens, als ob diese Kandidatur gänzlich so ernsthaft gewollt, sondern die gestrige Versammlung mehr zu dem Zweck in Szene gesetzt war, um wieder Fühlung mit der alten Partei und Ausschreibung zu gewinnen. Als Vertretungswürdigkeit (s. d. 'Sozial-Blatt') ist nun noch zu merken, daß infolge der gestrigen Versammlung dem Wähler sofort der Wechsel im 'Stadthalle' verweigert worden ist. — Diesen Verlust findet die 'Sozial-Blatt', 'merkenswert', als ob es etwas nicht alle Tage vorkäme und die Kritik der 'Sozial-Blatt' selbst solche Verweise in einzelnen und beklagenswerten.

Was dem Wahlschlüsse Wochung, 30. Mai. Ein widerliches Spiel treibt das aus dem Waere Fassung Streit nicht besonders rühmlich bekannte Rhein-Westf. Tagebl. in Wochung. Dasselbe gibt genau Namen und Wohnung der dem sozialdemokratischen Wahlschlüsse angehörigen Mitglieder an. Was das nicht ein allgemeines Recht damit bezeugt, ist unklar zu ersehen. Es ist damit dem Arbeitgebern einen Hint, sich die ungenannten Kandidaten einfach durch Wahlprüfung vom Saale zu schaffen. Heute wird auch der Bruder der sozialdemokratischen Flugblätter, Eugen Schorff, benannt.

Vor den Wählern — nach den Wählern.

Vor den Wählern nichts als Mühe, Mühseligkeit in bösser Mühe, über und was nicht gar Kamp; Nach den Wählern: Marsch, Du Lump!

Vor den Wählern Handgeschüttel, Arm in Arm mit Arbeitstütel; Nach den Wählern — ach, wie bald — Knie hoch und Hiene lilt.

Vor den Wählern helles Augen und Zuvollgehrnenteiligen;

Sie die Herren — Ihr der Wähler.

Vor den Wählern solche Waden und Beschreibungen für jeden; Nach den Wählern nicht bekannt von Beschreibungen, leer die Hand.

Vor den Wählern nichts als Mühe, Mühseligkeit in bösser Mühe, über und was nicht gar Kamp; Nach den Wählern: Marsch, Du Lump!

Parteindrücken.

Durch die gefasste Beschlüsse, die generelle sowohl auch die parteigewöhnliche, geht die Wahlprüfung, daß der F. H. K. in Friedrichshagen (der Reichstagskandidat für Halle) als Reubauer des Breslauer "Sozial-Anzeiger" zu 20 Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden ist. Diese Wahlprüfung ist aber, sofern sie unsere Beschlüsse nicht betrifft, nicht richtig. Diefelbe geht vielmehr den Reubauer eines gegnerischen Breslauer Blattes an. Die Wahlprüfung wurde von der "Sozial-Blatt" verbreitet, welche ebenfalls anmaßt, daß es sich nur um einen Sozialdemokraten handeln könne, da es sich um eine Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung handelt, nach nach der "Sozial-Blatt" ebenfalls einen Sozialdemokraten nicht passieren kann. Allerdings geht unser Breslauer Parteiblatt, "Die Volkswacht", während das Blatt, dessen Reubauer verurteilt wurde, der Breslauer "Sozial-Anzeiger" ist.

Wegen angeblichen Vergehens gegen die §§ 110, 111 und 112 des Strafgesetzbuchs und gegen das Verbot der im März gegen den hiesigen Reichstagskandidaten G. u. H. v. S. als verantwortlichen Reubauer des "Hamburger Echo" und der damals noch erschienenen "Norddeutschen Volkswacht" Untersuchung eingeleitet und die Beschlüsse der betr. Prüfungskommission verfaßt, endlich auch eine, natürlich ergebnislose, Untersuchung vorgenommen worden. Das Reichsgericht hat jedoch die Erfüllung des Verbotens abgelehnt und die erzwungenen Kosten der Staatskasse zur Last gelegt. Die von der Staatsanwaltschaft erzwungen Vergehens sollten in dem Artikel "Der Frage der Reform der Militärjustiz" enthalten sein. Bei der Gemeinderatswahl in Eintracht (Schleswig-Holstein) wurden in der letzten Klasse die sozialdemokratischen Kandidaten mit 19 und 20 Stimmen gewählt. Die Gegner erhielten 12 und 14 Stimmen.

Generalkassische Arbeiterbewegung.

Der Ausbruch der Riemenschneider in Bremen hat sich auf die Firmen Kuhn Bergmann, Fr. Karl Straß, Vercht Nord und Karl Meyer ausgebreitet. — Reubauer, 28. Mai. Die Arbeiter sämtlicher mechanischen Bohrwerkereien beschloßen für morgen einen Ausbruch. — Norddeutsche, 31. Mai. 800 Arbeiter beschlossen gestern Abend eine Versammlung ab, in welcher sie beschloßen, sofort in einen Streit einzutreten.

Aus Stadt und Land.

Halle a. S., 1. Juni 1898

Bezüglich der Stimmzettel zur Reichstagswahl hatte sich im Auftrag des hiesigen sozialdemokratischen Wahlschlusses ein Komitee in die Vorarbeiten der generellen Parteien gemeldet mit der Aufgabe, ob dieselben gemäßt sein, Stimmzettel aus gleichem Papier und gleichen Formats für alle in Frage kommenden Kandidaturen zu nehmen. Wie wir heute bekannt geben können, ist nach kurzen Verhandlungen auch ein Einverständnis nach dieser Richtung erzielt worden. — Gendarm und Nachtwächter. Diefelbe Wache sind in einer Weise einem Flugblatt der Dammungsmischerei vorgelegt, um welche sich derselbe bei den Kammerherren des Reichstags im nächsten Herbst ein Patent haben kann. Das Flugblatt ist in der Hauptsache auf die Landbevölkerung gerichtet und der Inhalt besteht so, daß man sich leicht einen Begriff machen kann, für wie dumme die Herren mit dem Klemmer die Landbevölkerung noch halten. Das wird die Wähler der Dorfbevölkerung auch durchschauen und den superlichen Herren am 15. Juni die Mitteilung erteilen. Sie werden in der Wählerzahl nur nötig haben, das Bild zu betrachten, welches wir in mancher Dorfstraße schon gefunden haben und auf welchem dargestellt ist, wie zwei Bauern sich

den, der andere am Schwanz gepackt und jeder zieht nach Kräften. Der Abvokat aber (heute nennt man solche Leute Rechtsanwält) ist der Gefährliche; er sitzt in aller Gemütsruhe und mault das Tier, während die beiden nutzlos ihre Kräfte vergeben. Dieses Bild brauchen die Dorfbevölkerung sich nur vor Augen zu führen, und wir meinen, daß sie sich das Bild selber denken können, trotz Gendarm und Nachtwächter. Die Behauptung, daß unsere Partei den Unfrieden und die Sorgen in die Höfe der ländlichen Bevölkerung bringt, ist jedenfalls ebenso gemein, wie der Satz: "Entlastet jeden Arbeiter, der sich als Sozialdemokrat zu erkennen giebt", die Arbeiter über die Gewissenlosigkeit ihrer Vertreter der Ordnung" aufklären wird, für welche die dadurch ins Elend gezogenen Familien gar nicht in Betracht kommen. Wie der Abvokat an der Kasse, so sitzt jene Gesellschaft am Volkstörper. Bergst: jenes Bild nicht, Wähler, es wird für Euch selbst nur heilsam sein!

Lichtigen wie die Guten sind die unreinen Parteien der Konserwativen, Antikemmen und Ordnungshäuser geworden, denn sie haben nicht mehr den Mut, unsere Parteigenossen in ihren Versammlungen auftreten zu lassen. Das wird bewiesen durch einen von "Handwerkerbrüder" veröffentlichten Aufsatz, in dem es heißt:

Der Zutritt ist nur gegen auf den Namen lautende Einladungen . . . gestattet. Anhänger der Sozialdemokratie haben keinen Zutritt!

Wie die Herren es anfangen, auf diese Weise das Handwerk zu retten", ist natürlich ihre Sache. Eine Sache, die auf solche Weise angefaßt wird, muß aber äußerst traurig bestellt sein. Betrachtet man nur die Unterschriften des Aufsatzes, so bekommt man schon ungefähren Begriff über die Gesellschaft, die hinter den Kautschuk schrieben. Leute, die im Stadtorbunden-Kollegium den rabulistischen Freireim vertreten wollen, entblößen sich nicht, in diesem Falle für die reaktionären Konserwativen Propaganda zu machen, deren Schöpfkind mit seinen Redenarten ebenso einsam dörft, wie Adamant mit der weißen Weste". Man verliert aber auf diese Weise die Stimmzettel der "Handwerkerbrüder", denen man jetzt schweidelt, die man aber nachher vielleicht von oben herab als "Krauter" bezeichnet, zu erhaschen; und das genügt. Ob die Handwerker auf diesen Bem werden? Die Neue würde dann allerdings zu spät kommen.

Im Volkshalletheater beginnt am heutigen Donnerstag ein durchweg neu, reichhaltiger Spielplan, von dessen jährlichen Klammern wir die Gymnastik-Truppe Frankenhain und das "lebende Skizzen" Karl Roiffe erwähnen wollen.

Die Zahl der Selbstmorde, namentlich derjenigen, welche durch Entzücken in der Saale ausgeführt werden, ist in letzter Zeit ein Grauenhafte zugenommen. Fast jeden Tag gehen Nachrichten über solche unheimlichen Schritte durch die Presse und die Ursachen, die auf jeden Fall als Zeichen der Hoff aufgeführt werden müssen, liegen sowohl auf wirtschaftlichem Gebiete, wie auch auf geistlichem. Wenn das letztere begünstigt das gestern erwähnten jungen Mädchen zutreffend gewesen sein mag, so ist heute ein Fall zu verzeichnen, wo allem Anschein nach der Mangel an täglichen Brote Grund zum Lebensüberdruß gewesen ist, indem am gestrigen Nachmittag auf dem sogenannten Sanbanger wieder ein Mann Mitte der dreißiger Jahre aus der Saale gezogen wurde, der dem Aussehen nach den armen Volkstypus angehört. Wie es scheint, hat die Sache schon längere Zeit im Werke gelegen. Auf die Befreiungen der Bourgeoispartei, die mit allen nur erdenlichen Mitteln das Volk soweit bestochen wollen, daß es sich dazu hergiebt, sein eigenes Sein Leuten zu überliefern, die von einem Fanatismus befeuert sind, der ihnen einen Ueberdruß über die weiten wirtschaftlichen Schäden der Zeit nicht einmal gestattet, werfen alle solche Vorkommnisse

Der vorgerückten Saison wegen
verkauft ur unsere sämtlichen
Damen - Mäntel,
Umhänge, Jacketts, Kragen
und Staubmäntel
noch billiger als bisher.

Kleiderstoff-Reste von 2—7 Meter, die sich in der Saison angesammelt haben, aussergewöhnlich billig.

Brummer & Benjamin
23 grosse Ulrichstrasse 23.

